

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 27 (1937)

Heft: 18

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Späte Früchte der Deflationszeit.

Die eidgenössische Staatsrechnung für das vergangene Jahr 1936, bis zum 26. September unter dem Gesetz des alten Frankenkurses und den Wirkungen dieses Gesetzes stehend, schließt mit einem Ausgaben-Ueberschuss von mehr als 26 Millionen Franken. Schlimmer sieht es aus, wenn wir die „Gewinn- und Verlustrechnung“ betrachten: Man kann 77½ Millionen. Und erschreckend für den Bürger wirkt die andere Ziffer: 1334 Millionen beträgt der Passivsaldo in der Vermögensrechnung des Bundes; so hoch sind also die Schulden der Eidgenossenschaft gestiegen. Interessanter wäre die Zahl noch geworden, wenn wir sie mit 1929, vor Ausbruch der großen Krise verglichen: Man kann sich das Bild machen, indem man die alljährlich gewachsenen Defizite der Gewinn- und Verlustrechnung betrachtet. Das Urteil über die mit Jahresüberschuss beendete Periode wird aber erst von heute an in rund einem Jahre gefällt werden können, dann nämlich, wenn die entsprechende Rechnung pro 1937 vorliegen wird. Wobei wir gleich vorweg nehmen müssen, daß sie mit einer Zinsensteigerung für die gewachsene Bundeschuld zu rechnen haben. Pro 100 Millionen Schuldenmehr mindestens 3 Millionen mehr Zinsen. 1½ Millionen Plus also für die durchschnittliche Jahresvermehrung der Schuld während der letzten Zeit.

Die Gegner der Abbaupolitik vergleichen diese aus der Verpflichtung resultierenden „Mehrzins“ betrübt und erbittert mit gewissen andern Zahlen: Fast 102 Millionen sind eingespart worden zur Hauptfahrt auf Löhnen, Pensionsleistungen, Subventionen, Alters- und Hinterlassenenfürsorge, fast 200 Millionen wurden aus indirekten, 68 Millionen aus direkten Steuern mehr eingenommen; all diese Einsparungen und Neu-Einnahmen haben nicht genügt, die Ausfälle in den bisherigen Einnahmestrukturen wettzumachen und die alljährlichen betrieblichen Defizite zu vermeiden.

Dabei muß man vernünftiger- (und modernerweise) sagen, daß jene 1330 Mill. Bundeschulden auch ein anderes Gesicht haben: Sie stellen Vermögenswerte der Bundesobligationäre, also in der ungeheuren Mehrheit schweizerischer Sparer, und nicht fremder „Großsparer“, dar, und je tragfähiger die schweizerische Wirtschaft, desto mehr dürfen diese Millionen wachsen! Wir brauchen demnach nur „relativ zu erschrecken“ vor solchen Zahlen. Kann der Bund sie verzinsen, reichen seine Einnahmen so weit, daß er für fast anderthalb Milliarden Kapitalschuld „gutstehen“, dann ist ja alles im Blei. Die letzten Bundesabrechnungen aus den Deflationsjahren zeigten uns, daß die schrumpfende Wirtschaft zu schmal geworden, um einer Milliarde Vermögen als Basis zu dienen. Vielleicht erleben wir in einem Jahr die Lehre, daß es plötzlich wieder zum Tragen einer fast anderthalb mal so hohen Schuld langt... m. a. W. ein so hohes „Vermögen“ gesichert steht und mithin die „Rechte der Anleihengläubiger öffentlicher Körperschaften“ nicht durch Deflation, wohl aber „nach der neuen Weise“ gesichert werden.

Mit verdeckten Karten.

Über die Ergebnisse, vielmehr noch über die Ursachen der Zusammenkunft Mussolini-Schuschnigg in Benedig wurde Tage lang nach ihrem Abschluß in der halben Welt herum geraten, und die Stimmen jeder Partei wollten eine andere Bedeutung oder eine andere Sorge aus dem Geschehen ableiten. Sicher ist, daß die offiziellen italienischen und österreichischen Darstellungen viel verschieden!

In Frankreich ist man allgemein der Ansicht, Italien versuche Österreich unter Druck zu nehmen und die Regierung Schuschnigg in ein besseres Einvernehmen mit Berlin zu drängen. Haben die Franzosen recht? Und sehen sie richtig, wenn sie vermuten, die ganze Aktion richte sich vor allem gegen die „drohende tschechisch-österreichische Annä-

herung“, die dem Duce, vor allem aber Hitler nicht passe? Wahrscheinlich trifft man in Paris den Kern der Wahrheit. Die orakelnde deutsche Presse, welche in der „Kleinen Entente“, dem franco-russischen Pakt und dem gleichgerichteten tschechisch-russischen Bündnis „unnatürliche und nur machtpolitischen Zwecken dienende Kombinationen“ sieht und dagegen eine „natürliche Konsolidierung im Donauraum“ propagiert, von welcher ohne die Mitwirkung Deutschlands keine Rede sein könnte, liefert den Beweis für die Richtigkeit der französischen Annahmen.

Denn es ist ja klar: Ein österreichisch-tschechisches Bündnis würde plötzlich den Wall, der sich gegen die deutschen Absichten auf Wien und Prag richtet, ungeahnt verstärken. Gleichzeitig entglitte Wien der Bevormundung Italiens, und rasch verlöre damit dessen neugewonnene Verbindung mit Belgrad ihren Wert. Denn die Jugoslawen sähen das Bild eines geeinten Donauraumes; die Möglichkeit, der deutsch-italienischen Hegemonie zu entwischen, wäre gegeben; man würde wahrscheinlich keinen Tag zögern, sich der Bewegung anzuschließen. Mussolini aber will die Donaustaaten „durch Erweiterung der römischen Protokolle“ unter italienischer Führung zusammenschließen und Deutschland als Mitgarant dieser Führung gewinnen. Darum die scheinbar eilfertige Unterstützung Berlins, dem man die österreichischen Kastanien aus dem Feuer holt.

Das hintergrundige Spiel kam aus, als das „Giornale d'Italia“ behauptete, Schuschnigg werde die Aufnahme von Nationalsozialisten ins österreichische Kabinett vorbereiten. Also die Wünsche des Propagandaministeriums in Berlin erfüllen. Als nun Schuschnigg diese Absichten in aller Form demonstrierte, wußte man viel. Und die sehr deutliche Bedeutung der österreichischen Unabhängigkeit in Schuschniggs Dementi läßt erkennen, daß er die Verhandlungen mit den Tschechen nicht aufgegeben. Ja, die Ankündigung, daß das geplante „volkspolitische Referat“ in der „Vaterländischen Front“ die Heranziehung der früher sozialistischen Kreise zur Mitarbeit bezieht, bedeutet die geradeste Absage an die Nazis. Und wenn sonst nichts die Absichten Schuschniggs beweise: Die Verhaftung illegal arbeitender Nazis gleich nach Benedig spricht deutlich.

Schlüß: Ein „Achsenbruch“ droht, und Benedig sollte ihn verhindern und verkleistern. Er ist nur deutlicher geworden. Die ganze Angelegenheit wird aber erst künftig in ihrer Wichtigkeit erkennbar werden. Und zwar in größeren Zusammenhängen. Denn es fragt sich, warum eigentlich Mussolini in solchem Umfang, wie es geschehen, sich Hitler zur Verfügung gestellt habe. Es kann sich nicht nur um die Frage handeln, ob Österreich Abkommen mit der Kleinen Entente selbstständig oder an der römischen Strippe abschließen dürfe und ob der Donaubund als deutsch-römischer Vasallenbund oder als neue, freie Großmacht entstehe. Beide Diktatoren haben schließlich auch anderwärts Eisen im Feuer. Und dabei traut jeder dem andern zu, er werde die Partie verraten. Und darum soll demnächst ein deutscher Besuch, entweder der Görings oder v. Neuraths oder gar Hitlers, in Italien stattfinden und die bestehenden Differenzen wieder einmal bereinigen.

Da fragt es sich denn, was Ciano, der italienische Außenminister in Berlin und Berchtesgaden, und was Göring in Rom seinerzeit zugesagt haben. Und was seither nicht gehalten wurde. In Paris und London nimmt man als feststehend an, Hitler habe Mussolini zugesagt, das spanische Abenteuer bis zum Siege Francos auszufechten, wogegen der Duce versprach, Hitler in Österreich und der Tschechei freie Bahn schaffen zu helfen. Und nun erlebt man, daß sich die Deutschen im spanischen Handel äußerst lau zeigen. Und darum, so muß die Schlussfolgerung lauten, will Mussolini eine letzte Anstrengung machen, die Interessengemeinschaft neu zu festigen. Also einen Loyalitätsbeweis zu leisten, die Österreicher zu bremsen und die Tschechen in Hitlers Interesse zu isolieren, damit Berlin sich der spanischen Sache wieder aktiver annehme. „Wir leisten euch Kärrnerdienste an der Donau... seid so gut

und tut eure Pflicht in Spanien". Das mag der eigentliche Sinn der „verwirrten Deutung Benedigs“ sein.

Spanien! Eine hochbedeutsame Meldung kommt aus Madrid: Die „Verteidigungsunterstützung“, das heißt der Politikerzirkel, der bisher in die militärischen Angelegenheiten hinein regierte, wird durch einen Stadtrat ersetzt, während Miaja wirklicher Befehlshaber wird. Ein Vorgang, der sich in der französischen wie in der russischen Revolution abgespielt und in beiden die Einleitung eines offensiven Staats, freilich unter Liquidierung der anarchistischen Anfangszustände der Revolution, bedeutete. Der „spanische Bolschewismus“, in dessen Namen die Diktatoren ihre weiteren Interventionen vorbereiten, existiert im Prinzip schon heute nicht mehr, und es ist die Frage, wie lange Spanien noch der Faktor bleibt, der die bisherigen halben Fehlrechnungen von Berlin und Rom verursachte.

—an—

Kleine Umschau

Ich kann mich zwar mit bestem Willen nicht mehr daran erinnern, wie die erste Aprilwoche bezüglich Klima ausgefallen ist, aber schlechter wie die letzte kann sie unbedingt nicht gewesen sein. Diese letzte Woche ist zwar während ich dies schreibe noch nicht ganz zu Ende, und wenn man auch die Woche vor ihrem Ende weder loben noch verlästern soll, so bleibt doch, auch wenn das Finale ganz prima wäre, der Durchschnitt unter aller Kanone. Na, aber „de mortuis nil nisi bene“, den Toten soll man nichts übles nachsagen.

Lieber will ich wieder einmal von der Damenfrühlingsmode plaudern, nicht nur weil man der allerhand gutes nachsagen kann, sondern ganz besonders, weil mir eine niedliche Großhöchstetterin einmal schrieb, sie halte sich stets an meine „Umschau-Modebeschreibungen“. Allerdings möchte ich sie wirklich gerne einmal in so einer von mir kreierten Toilette sehen, um doch endlich einmal beurteilen zu können, wie so ein Ding in Natura aussieht, denn in den Schaufenstern und Modejournals ist schließlich alles hübsch. Und wenn besagtes liebenswürdiges Fräulein zufällig Stenotypistin sein sollte, so müßte sie sich dermalen in „Slacks“, das heißt in von Marlene Dietrich eigens für Stenotypistinnen erfundenen Hosen zeigen. Im Bureau müßte sie einen „Slackanzug“ aus herringemustertem Gabardine tragen, smart zugeschnitten und mit marineblauen Knöpfen garniert und dazu ein blaues Leinenhemd im Herrenschnitt. Auf der Straße ist ein doppelseitiger Hosenanzug aus ellenorblauem Flanell im strikten Herrenschnitt vorgesehen und dazu eine dunkelblaue Flanellblouse. Die Bügelfalte ist aber sowohl im Bureau wie auf der Straße unerlässlich. In Amerika gilt das ja alles nur für Stenotypistinnen, aber in der Schweiz dürfte es wohl auch Nichtstenotypistinnen gestattet sein Slackanzüge zu tragen, wenn sie nicht gerade zu g'schämig sind. Uebrigens im Strandbad gilt auch diese Ausrede nicht.

Unsonst aber leben wir derzeit in der Blondinen-Dämmerung. Warum, das weiß ich eigentlich nicht, aber jedenfalls habe ich es „schwarz auf weiß“ gelesen. Die Modehaarfarben sind derzeit Kastanienbraun und dunkelrot und die Pariser Schönheitssalons haben auf Monate hinaus noch vollauf mit dem Umfärben der Platinblonden zu tun. Uebrigens soll hellblond dem Gesicht ein ältliches Aussehen geben und ihm einen harten Ausdruck verleihen. Und das mag zur Zeit der gertenschlanken Knabenlinie am Platze gewesen sein, aber heute ist doch wieder die sanfte Wellenlinie Trumpf und da braucht es jugendlich blühende Blumengesichtchen. Die Zeit der Salat- und Zitronendiät ist ja Gott sei Dank wieder vorüber und wir nähern uns wieder den schönen Zeiten aus meinen Jugendjahren, in welchen man von sanft gerundeten weiblichen Wellenlinien schwärzte, trotzdem man damals von der heutigen Wellentheorie noch keine Ahnung hatte. Man kannte weder Kälte- noch Hitzwellen, trotzdem man auch damals schon, je nach dem Klima transpirierte oder vor Frost mit den Zähnen klapperte. Ja, man kannte damals noch nicht einmal Dauer-, Wasser- und Ondulationswellen, sondern man ließ sich einfach

beim Coiffeur die Haare krauseln, so man nicht schon von Natur aus einen Wuschelkopf hatte. Und, wie gesagt, heute gehen wir wieder ähnlichen rundlichen Bußständen entgegen, wie anno „Fin de siècle“. Große Film- und Bühnenkünstlerinnen und berühmte Mannequins berühmter Modehäuser machen heute regelrechte Mastkuren. Die typisch weiblichen Rundungen werden heute nicht mehr verdeckt, sondern betont, indem man die Taille möglichst verengt und der Büste und den Hüften durch geniale Draperien Fülle verleiht. Bei Abendtoiletten sieht man sogar griechische Draperien, die selbst der gertenschlanksten Hopfenstange eine üppige Figur andichten. Und was für mich, wenn ich ein hübsches Mädchen wäre, die Hauptache wäre, man kann sich heute wieder so viele „Güezi“ zu Gemüte führen, als das Herz begehr und der Geldbeutel erlaubt.

Nur von den Damerhütten kann ich derzeit noch nichts prophezeien, als daß sie von Tag zu Tag kleiner und winziger werden. In Zug lud nämlich der Reisende einer Pariserfirma vor einem Damenmodegeschäft alle seine Hutfächer auf die Straße ab und führte dann sein Auto in die Garage. Als er zurückkam, waren alle seine Schachteln verschwunden. Sie waren aber nicht gestohlen worden, sondern in der Zwischenzeit war das städtische Kehrlichtauto vorübergekommen und hatte sie als vermeintlichen Abfall mitgenommen. Der Reisende erhielt zwar alle seine Modellhüte vollzählig zurück, aber sie hatten in der Kehrlichtablagerungsstätte ganz hypermoderne Formen bekommen. Und wenn jetzt also irgend eine schöne Bernerin ganz hypermodern behütet sein will, so dürfte sie gut daran tun, ihr Hüttchen vorerst auf einige Tage nach Witzwil in Pension zu geben.

Es gibt aber auch noch andere Dinge, die unsere männlichen und weiblichen Herzen beschäftigen und auch unseren Geldbeutel tangieren, so weit wir glückliche Hundebesitzer sind. Um nämlich die durch die Sanierung der Staatsfinanzen vermindernten kantonalen Subventionen irgendwie wieder aufzufüllen, möchte die Stadt Bern mindestens die vermöglicheren, also Luxushunde, höher besteuern. Der Staat ist damit wohl unbedingt einverstanden, da ihn die Geschichte nichts kostet, und so dürfen denn die verschiedenen Hunde pro Jahr und „Fido“ bald bis zu Maximum 50 Franken besteuert werden. Und um dieses Maximum zu erreichen, wird wohl der rassenloseste Dorföter als hochdeuler Barsoi erscheinen. Man wird wohl auch damit argumentieren, daß die Steuererhöhung nicht nur die Zahl der Hunde, sondern auch die Zahl der Straßenverunreinigungen vermindern wird, ohne zu bedenken, daß sowohl hochbesteuerte Hundebesitzer wie Hunde auf erhöhte Rechte pochen werden. Es würde dann allsogleich heißen: „Hundebedürfnisanstalten her!“, „Hundeträms her!“ und „Hundespielplätze her!“ etc. Kurz, die unmenschlich besteuerten Hunde werden dann menschliche Lebensbedingungen fordern und vom Mehrertrag der Hundesteuer wird nichts mehr übrigbleiben. Aber selbst wenn man von diesen hundesozialen Einrichtungen absieht, ist es nicht sehr demokratisch, wenn sich nur mehr Millionäre Hunde halten können. Nichtmillionäre sehnen sich auch oft nach einem vierbeinigen Freund, ganz abgesehen davon, daß die so nützlichen Polizeihunde nur selten von Millionären dargestellt werden, auch die Zughunde sind immerhin nützliche Mitglieder der Gesellschaft. Und deshalb bin ich, für meine Person, entschieden gegen eine Erhöhung der Hundesteuer, obwohl ich in diesem Jahrhundert noch nie Hundebesitzer war und voraussichtlich auch nicht sein werde, denn als möblierter Zimmerherr kann man sich nur schwer einen eigenen Viehstand anschaffen und zu einem Eigenheim längt es mir höchstens im nächsten Jahrhundert.

Na, und dann hätten wir noch am 8. Juni eine sensationelle Sonnenfinsternis, wenn Bärn eben nicht Bärn, sondern Südamerika wäre. Wir hätten mit geringen Kosten eine Verdunkelungsübung am helllichten Tage veranstalten können, ohne die Sonne verhängen zu müssen, was unbedingt ein teurer Spaß ist. Na, aber das ist nun eben wieder einmal eine verpaßte Gelegenheit.

Christian Lueggue.